Südschleswigscher Wählerverband

SSW

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Rede
Kiel, 10.07.2014

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Ein zeitgemäßes Lehramt - für moderne Schulen und echte Zukunftsperspektiven für unsere Lehrerinnen und Lehrer

Zugegeben, der Weg hin zu diesem Gesetzentwurf war sicher nicht der allerleichteste. Das liegt schon in der Natur der Sache. Selten sind so viele Beteiligte mit so unterschiedlichen Interessen in ein solches Verfahren einzubeziehen. Und selten gab es so viele durchaus berechtigte Forderungen, die aufgrund der finanziellen Lage des Landes nicht aufgenommen werden konnten. Eins ist doch völlig klar: Im gesamten Verlauf wurde sicher mehr als nur eine Kröte geschluckt. Das will ich ganz bestimmt nicht schönreden oder einfach unter den Teppich kehren. Doch entscheidend ist ja bekanntlich, was am Ende rauskommt. Und hier will ich, trotz oder gerade wegen dem Geätze der Opposition, eins ganz deutlich sagen: Das Ergebnis kann sich mehr als sehen lassen!

SSW IM LANDTAG

Unser Gesetz zur Neuordnung der Lehrerbildung ist absolut modern und zukunftsweisend. Mit dieser Neuregelung kriegen unsere angehenden Lehrerinnen und Lehrer das Rüstzeug, das sie für einen qualitativ hochwertigen Unterricht brauchen. Damit werden auch die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler stärker berücksichtigt. Sie können zukünftig passgenauer gefördert werden, und haben damit bessere Chancen für ihre Zukunft. Und last but not least müssen auch all diejenigen, die dieses wichtige Reformvorhaben für regionalpolitische Zwecke missbrauchen wollten, eines zugeben: Es werden keine Ressourcen von Kiel nach Flensburg verlagert oder umgekehrt. Es geht nicht um Standorte sondern einzig und allein um die bestmögliche Lehrerbildung für Schleswig-Holstein.

Wie Sie wissen, haben wir das Anhörungsverfahren und die hier angemahnten Änderungen nicht nur ernst sondern auch zum Anlass genommen, um noch einmal nachzubessern. So manch einer scheint aber leider weiterhin in seinem ideologischen Kettenhemd gefangen zu sein. Dialog und Beteiligung hin oder her: Es wird munter weitergehetzt und von Gleichmacherei oder von notorisch überforderten Einheitslehrern gesprochen. Was mich besonders traurig stimmt, ist die Tatsache, dass damit an längst überwunden geglaubten Zeiten festgehalten wird. Zeiten, in denen Kinder voreilig in Schubladen gesteckt und eben nicht ihrem individuellen Bedarf entsprechend gefördert wurden. Zeiten, in denen das soziale Erbe bestimmt hat, wo der Bildungsweg zu Ende ist. Kurz gesagt: Zeiten, in denen Kinder und junge Erwachsene allerhöchstens von gleichen Bildungs- und Lebenschancen träumen durften.

Eins ist völlig klar: Der SSW lehnt eine Bildungspolitik, die die unterschiedlichen Startbedingungen fortschreibt oder sogar verstärkt, entschieden ab. Wir haben uns immer für den Ansatz des längeren gemeinsamen Lernens stark gemacht. Auf diesem Weg haben einfach mehr junge Menschen die Chance auf einen höherwertigen Abschluss. Und dieser

ist häufig der Grundstein für ein selbstbestimmtes und zufriedenes Leben und für umfassende gesellschaftliche Teilhabe. Ich will hier nicht falsch verstanden werden. Wir wollen sicher nicht jede und jeden mit der Brechstange zum Abitur führen. Zwar halte ich die Abiturquote hierzulande nach wie vor für ausbaufähig. Aber unser Ziel ist es, in jedem Fall die Rahmenbedingungen für den jeweils optimalen Bildungserfolg zu bieten.

Der Wandel, den die demografische Entwicklung auch für unsere Schulen bringt, lässt sich kaum leugnen. Gemeinsamer Anspruch dieser Koalition ist es, trotz der Veränderungen ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot in der Fläche zu sichern. Es ist ganz einfach so, dass wir auch in Zukunft echte Wahlfreiheit für die Eltern und Kinder im Land ermöglichen wollen. Wer vor diesem Hintergrund lieber an überholten Schulstrukturen und an einer hoffnungslos veralteten Lehrerbildung festhält, handelt in meinen Augen unverantwortlich. Ich denke, für viele hier ist es an der Zeit, umzudenken und endlich einmal den Realitäten im Land ins Auge zu sehen.

Die weitestgehend einheitliche Ausbildung der Lehrkräfte für alle weiterführenden Schulen ist modern und wegweisend. Um die bestehende Wahlfreiheit zwischen Gymnasien und Gemeinschaftsschulen sicherzustellen, ist die Qualifikation aller Lehrkräfte für Sekundarstufe 1 und 2 nicht nur sinnvoll, sondern notwendig. Denn beide Schularten haben den Anspruch, zu allen Abschlüssen zu führen. Auch zur Hochschulreife. Noch einmal: Wir wollen all unsere zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer fachwissenschaftlich exzellent ausbilden und ihren flexiblen Einsatz ermöglichen. Sie bekommen zukünftig die erforderlichen Kompetenzen sowohl für Gymnasien wie für Gemeinschaftsschulen. Dies ist die logische Konsequenz aus unserem Schulgesetz. Und dies bedeutet keinesfalls eine Absenkung von fachlichen Standards. Das Gegenteil ist der Fall: Die Ausbildung wird grundsätzlich, und ganz im Sinne der Eltern und Kinder, auf gymnasiales Niveau angehoben.

Im Zusammenhang mit der Zukunft der Lehrerbildung habe ich eines immer wieder erwähnt: Hier geht es nicht um Regionalpolitik und Standortstärkung oder -schwächung durch die Hintertür. Hier geht es um ein bestmögliches Lehramt und letztlich um größtmögliche Bildungschancen. Diejenigen, die offenbar Angst vor Veränderung haben, argumentieren oft mit vermeintlichen Doppelstrukturen. Doch wer das tut, der muss dann zumindest so ehrlich sein, und diesen Gedanken auch grundsätzlich zu Ende zu führen. Egal ob BWL, Medizin oder eine ganze Reihe anderer Studiengänge: In der Konsequenz würde man bei einem einzigen Hochschulstandort für ganz Schleswig-Holstein landen. Eine Bildungsinfrastruktur auf Basis von Wirtschaftlichkeitsberechnungen allein, halte ich persönlich für eine gruselige Vorstellung. Wir sind stolz auf die Vielfalt in unserer Hochschullandschaft. Und wir wollen sie nicht nur erhalten, sondern ausbauen.

Ich mag mich wiederholen, aber erlauben Sie mir bitte einen für uns sehr erfreulichen Hinweis: Das Gesetz zur Lehrerbildung ist auch minderheitenpolitisch ein echter Meilenstein. Denn wie Sie wissen, ist die Vermittlung der Bedeutung der Sprache, Geschichte und Kultur der nationalen dänischen Minderheit, der friesischen Volksgruppe und der Minderheit der deutschen Sinti und Roma zukünftig Teil des Studiums. Auch die Berücksichtigung des Niederdeutschen ist folgerichtig. Gerade mit Blick auf die europäische Ausrichtung der Universität Flensburg und die Zukunftsfähigkeit des Europacampus ist die Verankerung der Minderheiten und Regionalsprache sehr wichtig. Und ganz nebenbei bemerkt entspricht es auch einfach der gelebten Realität in unserem Land.

Eine Mehrheit der Betroffenen teilt die Einschätzung, dass eine konsistente

Lehrerbildung nicht erst seit der letzten Schulgesetzänderung überfällig ist. Wir handeln entsprechend, indem wir die Ausbildung unserer Lehrkräfte endlich modern und den Strukturen entsprechend gestalten. Diese Weiterentwicklung wird sowohl in Kiel, in Flensburg wie in Lübeck stattfinden. Sie wird natürlich nicht zum Nulltarif zu haben sein, aber sie wird sich in einem absolut überschaubaren Kostenrahmen bewegen. Viel wichtiger als Kosten- oder Standortfragen ist in meinen Augen aber das Ergebnis dieser Reform. Denn am Ende wird die bestmögliche Ausbildung für unsere Lehrerinnen und Lehrer stehen. Sie bekommen schon im Studium das Rüstzeug für die zentralen Anforderungen des Schulalltags. Und werden damit zum Beispiel viel stärker für die individuelle Verschiedenheit der Schülerinnen und Schüler sensibilisiert. Eine Neuerung, die nicht zuletzt mit Blick auf das Ziel eines wirklich inklusiven Schulsystems enorm wichtig ist.

Eins steht fest: SPD, Grüne und SSW wollen die Bildungschancen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen spürbar verbessern. Wir nutzen die vorhandenen Spielräume, um unseren Kindern - und damit unserem Land - die bestmöglichen Zukunftschancen zu sichern. Und wir sehen unsere klare Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein. Sie alle haben ein Recht auf Bildung von möglichst hoher Qualität. Damit auch jeder zu seinem Recht kommt, wollen wir die bestmöglichen Rahmenbedingungen schaffen. Und mit einem zeitgemäßen Lehramt - für moderne Schulen und echte Zukunftsperspektiven für unsere Lehrerinnen und Lehrer - haben wir heute einen ganz wesentlichen Baustein auf den Weg gebracht.